

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
VON SILBERNETZ E.V.**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

1. Generell: Was werden Sie unternehmen, um die Situation der Unsichtbaren – der älteren und insbesondere der hochaltrigen Menschen in Berlin, die unter Einsamkeit und Isolation leiden - zu verbessern?

Antwort:

In Berlin fühlen sich viele Menschen einsam, jüngere wie ältere. Unsere Stadt gilt heute bereits als „Hauptstadt der Einsamkeit“. Das wollen wir ändern, denn es gibt nichts Schrecklicheres als einsam zu sein und sich allein zu fühlen. Für die Berliner CDU-Fraktion ist diese Thematik bereits seit 2018 zu einem Herzensanliegen geworden. Wir wollen, dass das Thema mehr Aufmerksamkeit bekommt und es mehr Angebote für einsame Menschen in unserer Stadt gibt. Uns ist klar, dass gegen Einsamkeit nur etwas erreicht werden kann, wenn Politik und Gesellschaft dabei an einem Strang ziehen. Deswegen hat die CDU-Fraktion bereits im Dezember 2019 zu einem ersten Einsamkeitstreffen mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis geladen, um diesen Prozess in Gang zu setzen.

Wir werden eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit entwickeln, die Antworten darauf gibt, was Alleinstehende brauchen, worauf Vereinsamung zurückgeht, wo es Defizite gibt und wie diesen präventiv begegnet werden kann –in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Wir werden einen Einsamkeitsbeauftragten einsetzen, der ein funktionierendes Hilfesystem aufbauen und Konzepte gegen Einsamkeit entwickeln soll. Außerdem werden wir den „Tag der Einsamkeit“ am 16. Dezember einführen, an dem auch der jährliche „Berliner Einsamkeitstreffen“ einzuberufen ist. Weiterhin setzen wir uns für ein stadtweites Bündnis gegen Einsamkeit sowie einen Runden Tisch „Einsamkeit in der Großstadt“ ein.

Darüber hinaus wollen wir ehrenamtliche Strukturen und Netzwerke wie die aufsuchende Nachbarschaftshilfe und Sozialarbeit leichter zugänglich machen. Auch das Mehrgenerationenwohnen ist ein Beitrag gegen Vereinsamung und soziale Isolation, das wir stärker fördern werden. Wir wollen binnen fünf Jahren 100 neue entsprechende Projekte mit insgesamt 3.000 zusätzlichen Wohneinheiten in Berlin realisieren.

2. Was werden Sie konkret unternehmen, um eine valide Datenbasis zu erhalten, die ressortübergreifend abgestimmtes, angemessenes politisches Handeln ermöglicht, um die Ursachen und die sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen von Einsamkeit für ALLE Altersjahrgänge nachhaltig zu beheben?

Antwort:

Wir brauchen eine valide Datenbasis, um dem Problem der Einsamkeit wirklich begegnen zu können. So sind die mehr als 30.000 Über-85-Jährigen in Berlin momentan in keiner Statistik erfasst. Doch gerade diese Menschen brauchen dringend Hilfe.

3. Wie wollen Sie Einsamkeit entstigmatisieren(z.B durch welche konkreten und nachhaltig wirksamen Maßnahmen), um die Vielfalt und Würde des Alterns und alter Menschen – ohne Altersbegrenzung – im öffentlichen Bewusstsein zu etablieren, sowie Altersstereotype sichtbar und hinterfragbar zu machen?

Antwort:

Ein zentrales Ziel unserer Strategie gegen Einsamkeit wird darin bestehen, Menschen bis ins hohe Alter dabei zu unterstützen, selbstbestimmt zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben. Dabei steht für uns im Vordergrund, die Bedürfnisse älterer Menschen stärker ins gesamtgesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und sie als selbstverständlichen Bestandteil auch in allen politischen Bereichen zu verankern. Dazu schlagen wir eine Reihe an Initiativen vor (siehe Antwort auf Frage 1), die bisher bedauerlicherweise von der rot-rot-grünen Regierungskoalition ausgebremst, vertragt und abgelehnt worden sind.

4. Wie werden Sie, solange es keine UN-Konvention zu den Rechten älterer Menschen gibt, die Grundsätze der Behindertenrechtskonvention nach Art. 3 a-g (Menschenwürde, Teilhabe, Chancengleichheit, Zugänglichkeit, usw), und die Verpflichtungen nach Art.4 (insbes. (1) a-i) auf Hochaltrige anwenden?

Antwort:

Ziel unserer Politik für ältere Menschen ist es, die demografischen Herausforderungen zu meistern, eine Teilhabe älterer Menschen und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Berlin und Deutschland zu sichern. Wir halten es für wichtig, dass der demografische Wandel und die steigende Anzahl älterer Menschen auch im Rahmen der Förderinstrumente angemessen berücksichtigt werden. Daher unterstützen wir Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen älterer Menschen, für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften, in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Gesundheit, Prävention und Pflege für ältere Menschen. Die Einhaltung der Menschenrechte älterer Menschen, deren Beteiligung und Teilhabe auf allen Ebenen, kommunal, national und international

ist für die Union ein prioritäres Ziel, das wir auch auf internationaler Ebene weiter verfolgen.

Die CDU setzt sich für eine umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ein. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass alle Menschen am alltäglichen Leben in allen Bereichen teilhaben und sich einbringen können. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Stadt für die Berlinerinnen und Berliner ein sicheres, attraktives und lebenswertes Zuhause bleibt. Dazu gehören kurze barrierefreie Wege im Kiez, ein breites Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs, gute Straßen und ausreichend Grünflächen. Bestehende Programme zur Barrierefreiheit werden wir weiter unterstützen und insbesondere die Herausforderungen des demografischen Wandels im Blick behalten. Wir werden den öffentlichen Raum bei Neubau- und Umbaumaßnahmen so inklusiv und barrierearm wie möglich gestalten und dabei die Expertise von Sozial- und Behindertenverbänden vom ersten Planungsschritt an einbeziehen.

Es bedarf dringend einer Sanierungsoffensive für die Gehwege in unserer Stadt. Bei Tiefbaumaßnahmen sollte verstärkt das Ziel verfolgt werden, durch Absenken der Bordsteine die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auf stärker befahrenen Straßen sichere Übergänge für Fußgänger, gegebenenfalls durch mehr Ampelanlagen und Querungshilfen, geschaffen werden. Dort, wo es möglich ist, sollen die Ampelschaltungen optimiert und Fußgängerwege verbreitert werden. Dies soll insbesondere älteren Menschen und Kindern die notwendige Sicherheit geben.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Barrierefreiheit des ÖPNV entschieden vorangetrieben und die Nachrüstung mit Fahrstühlen beschleunigt wird. Defekte Rolltreppen und Aufzüge müssen binnen 24 Stunden repariert werden. Auch für blinde und hörgeschädigte Fahrgäste wollen wir das Angebot verbessern. Bis Ende 2023 sollen alle Bahnhöfe von U- und S-Bahn ohne Treppensteigen genutzt werden können und mit Blindenleitsystemen ausgestattet sein

Ziel der CDU Berlin ist es, älteren Menschen möglichst lange das selbstständige und selbstbestimmte Leben in der eigenen Wohnung und in ihrem Kiez zu ermöglichen. Deswegen wollen wir mehr altersgerechte und barrierefreie Wohnungen und dabei finanzielle Anreize für den barrierefreien Umbau von Wohnungen schaffen, um insbesondere zusätzliche Lasten für Mieterinnen und Mieter im Alter zu vermeiden. Wir werden außerdem ein Aufzugsförderprogramm für Wohnhäuser auflegen und damit in den nächsten fünf Jahren 1.000 neue Aufzüge für Wohngebäude fördern. Wir werden uns

zudem für den Neu- und Umbau von Wohnhäusern einsetzen, die vorzugsweise so konstruiert sind, dass sie den Ansprüchen von Single- und Zwei-Personen-Haushalten gerecht werden.

5. Welche Maßnahmen werden Sie konkret ergreifen, um Ältere und insbesondere Hochaltrige im Zugang zu digitalen Angeboten und Techniken zu unterstützen, aber auch vorhandene niedrighschwellige analoge Kommunikations- und Informationsangebote für Ältere erreichbar zu machen und nachhaltig auszubauen?

Antwort:

Die Digitalisierung hat unser Leben und unsere Gesellschaft nachhaltig verändert und wird dies auch weiter tun. Smartphones und mobiles Internet sind mittlerweile für viele unverzichtbare Begleiter des täglichen Lebens geworden. Wir Christdemokraten verstehen die Digitalisierung als eine Art des Denkens und Handelns, das konsequent unserem Gemeinwesen und den Berlinerinnen und Berlinern nutzen muss. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Digitalisierung eine große Chance bietet, das Leben der Menschen in unserer Stadt zu verbessern. Aufgabe der Politik ist, nicht nur Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern auch die Menschen auf dem Weg der digitalen Transformation mitzunehmen. Hierzu setzen wir auf Aus- und Weiterbildung, um die digitalen Kompetenzen bzw. die Medienkompetenz auszubauen und zu stärken.

Eine der zentralen Voraussetzungen für Teilhabe und Selbständigkeit gerade älterer Menschen ist eine gute technische Infrastruktur mit einem hochleistungsfähigen Breitbandanschluss. Ältere profitieren nicht nur von den sozialen Medien, wenn es darum geht, mit Enkeln, Verwandten und Freunden im Kontakt zu bleiben. Auch Informationen über Baustellen oder die Verlegung von Haltestellen, Einkäufe, Bankaufträge und Gesundheitsdienstleistungen können sehr gut online abgewickelt. Mit zielgruppenspezifischen Kursen, zum Beispiel in den Volkshochschulen, können sich Ältere neue Teilhabemöglichkeiten erschließen.

Langfristig wollen wir mit einer neuen Berliner „Bildungscloud“ eine digitale Plattform entwickeln, in der sich alle Berlinerinnen und Berliner miteinander vernetzen können. Damit wollen wir eine einheitliche Grundlage und die notwendigen Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe an digitaler Bildung für alle Menschen in unserer Stadt schaffen. Sie soll die Lernplattform für alle Bildungsbereiche, von der Grundschule über die Hochschule bis hin zur Fort- und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens auch für Ältere sein.

Gleichzeitig ist es jedoch auch richtig und wichtig, weiterhin analoge Kommunikations- und Informationsangebote insbesondere für ältere oder weniger technikaffine Menschen vorzuhalten.

6. Wie werden Sie in allen Bezirken Berlins dafür sorgen, dass Altenhilfe wie Jugendhilfe als kommunale Pflichtaufgabe ausgeführt, und mit angemessenen Mitteln ausgestattet wird?

Antwort:

Wir sprechen uns dafür aus, in Berlin Altenhilfestrukturen verstärkt zu planen sowie auf- und auch auszubauen. Durch bessere Koordinierung, Kooperationen und Vernetzungen können Sozialräume bedarfsgerecht gestaltet, stabile Sorgestrukturen geschaffen und generationenübergreifende Vorhaben gezielt umgesetzt und die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen gesichert werden. Der Bereich der Jugendhilfe ist und bleibt einer der wichtigsten Herausforderungen in der Familienpolitik, denn es gibt immer mehr Familien, die Hilfe in Anspruch nehmen bzw. nehmen müssen. Deswegen wollen wir weitere Verbesserungen in der Jugendhilfe erreichen.

7. Um Einsamkeit entgegen zu wirken - werden Sie eine*n Gemeinsinn-Beauftragte*n (o.ä.) – d.h. eine*n Leiter*in eines Spiegelreferates für Gemeinsinn der Senatskanzlei mit entsprechend Zuständigen in den Senatsverwaltungen – Soziales, Wissenschaft, Gesundheit, Familie, Bildung, Wirtschaft – einrichten?

Antwort:

Ja. Allein mit ehrenamtlichen Kräften wird es nicht gelingen, dem stetig zunehmendem Problem von Einsamkeit in der Großstadt adäquat zu begegnen. Deswegen werden wir eine Einsamkeitsbeauftragte bzw. einen Einsamkeitsbeauftragten für das Land Berlin einsetzen, die bzw. der nicht nur Zeichen setzt gegen soziale Isolation, sondern auch Maßnahmen koordiniert, kontrolliert, ein gut funktionierendes Hilfesystem aufbaut und Konzepte entwickelt. Diese bzw. dieser Beauftragte soll mit einer Vollzeit in der Senatskanzlei verortet und mit eigenen Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden. Die Arbeit der bzw. des Einsamkeitsbeauftragten soll vorwiegend inhaltlich-konzeptionell ausgerichtet sein, die Probleme der wachsenden Stadt berücksichtigen und dabei die zunehmende Diversität der Bevölkerung sowie die steigende Zahl hochaltriger Menschen im Blick haben. Bereits seit dem Jahr 2019 macht die CDU-Fraktion auf die Notwendigkeit einer bzw. eines solchen Beauftragten aufmerksam, bedauerlicherweise jedoch ohne Erfolg.